



PRESSEMITTEILUNG

Neuer UNEP-Bericht zeigt: Schnelle Reduktion schädlicher Methan-Emissionen hätte enormen Klimaschutzeffekt

- Reduzierung von Methan-Emissionen ist eine der kostengünstigsten und effektivsten Maßnahmen zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
- Reduktion der Methan-Emissionen um 45 Prozent bis 2030 ist möglich und würde zur Vermeidung von rund 0,3 Grad globaler Erhitzung führen
- DUH fordert: Bundesregierung muss Erkenntnisse des UNEP-Berichts zur konkreten Umsetzung ihres Klimaplanes aufgreifen, anstatt nur vage Ziele zu setzen
– so wie beim geplanten Klimaschutzgesetz

Berlin, 06.05.2021: Mit bereits heute verfügbaren Maßnahmen können die menschengemachten Emissionen des extrem klimaschädlichen Treibhausgases Methan bis 2030 um bis zu 45 Prozent reduziert werden. Dies geht aus einem Bericht hervor, der heute Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zusammen mit der Climate and Clean Air Coalition (CCAC) veröffentlicht wird. Eine Zusammenfassung lag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) vorab vor. Dabei spielen die Bereiche Landwirtschaft, Erdgas-, Öl- und Kohleförderung sowie Abfall die Hauptrolle. Laut UNEP und CCAC hätte eine solche Reduktion einen unmittelbaren Nutzen zum Schutz unseres Klimas: Bis zu 0,3 Grad globaler Erhitzung könnten dadurch bis zu den 2040er-Jahren vermieden und somit ein entscheidender Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels geleistet werden. Die EU muss diese Chance für effektiven Klimaschutz aufgreifen und ihre Methanstrategie entsprechend umsetzen, fordert die DUH. Auch die Bundesregierung müsse sich an den Erkenntnissen aus dem Bericht orientieren. Sie müsse konkrete Maßnahmen ergreifen, anstatt wie beim gestern vorgestellten Plan zum neuen Klimaschutzgesetz nur vage Ziele zu setzen. Neue fossile Projekte, die zum Ausstoß von Methan beitragen, müssen umgehend gestoppt werden.

Dazu Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der DUH: *„Der Bericht zeigt das enorme Potential, das sich durch die Reduzierung der Methan-Emissionen für den Klimaschutz ergibt – und die Risiken, wenn wir untätig bleiben. Besonders die Emissionen aus der Erdgas-Wirtschaft müssen jetzt schnellstmöglich sinken. In diesem Bereich ist die Reduzierung am einfachsten und kostengünstigsten erreichbar. Der Bericht weist dabei erneut darauf hin, dass eine weitere Ausweitung fossiler Erdgasinfrastruktur inkompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens ist. Projekte wie die geplanten deutschen Flüssigerdgasterminals oder Nord Stream 2 müssen deswegen gestoppt werden. Das wäre auch eine Maßnahme, die die Bundesregierung sofort umsetzen könnte, anstatt auf unkonkrete Ziele zu setzen – so wie beim Plan für das neue Klimaschutzgesetz. Im Rahmen der Umsetzung der Methanstrategie muss die EU außerdem schnell eine Methan-Abgabe einführen, die auch den Import von fossilem Erdgas einbezieht. Die Unternehmen in der Branche rufen wir auf, so rasch wie möglich einen Plan zur Reduktion von Methan-Emissionen und zum Ausstieg aus fossilem Erdgas vorzulegen.“*

Von ebenso großer Bedeutung ist die Landwirtschaft: Sie steuert weltweit 40 Prozent der Methanemissionen bei, vorwiegend aus der Tierhaltung sowie dem Reisanbau. In Europa stammen

sogar über die Hälfte der menschengemachten Methanemissionen aus der Landwirtschaft, zum Großteil aus der intensiven Tierhaltung. Der UNEP- und CCAC-Bericht unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf im Agrarsektor. Auch hier können Minderungsmaßnahmen eingesetzt werden, die bereits jetzt zur Verfügung stehen. So etwa ein höherer Wirtschaftsdüngeranteil am Substrateinsatz in Biogasanlagen, der Umstieg auf robuste und langlebige Nutztierassen sowie eine Reduzierung der Anzahl von Tieren je nach verfügbarer Fläche.

„Der Bericht erscheint kurz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem enttäuschenden Plan zum neuen Klimaschutzgesetz der Bundesregierung gestern. Die Festsetzung konkreter, verbindlicher Minderungsziele für Methan muss Gegenstand dieser Neuauflage werden und sich auch in der Ausgestaltung der europäischen Methanstrategie widerspiegeln. Viele der Instrumente bieten Synergien mit der Luftreinhaltung, aber auch mit der von der Bevölkerung zunehmend eingeforderten artgerechten Haltung von Nutztieren. Hier sind die Verantwortlichen aus dem Landwirtschaftsministerium gefragt, um Landwirte bei der Minderung von Methan zu unterstützen“, meint Dorothee Saar, Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung der DUH.

Hintergrund:

Laut Weltklimarat IPCC müssen die globalen Methanemissionen bis 2030 um 40-45 Prozent gesenkt werden, um die globale Erhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen - zusätzlich zur starken Reduktion weiterer Treibhausgase wie CO₂, aber auch weiterer kurzlebiger Klimaschadstoffe. Dabei wurde 2020 bereits die Marke von 1,1 Grad globaler Erhitzung überschritten. Angesichts dieser Entwicklung zeigt der heute erscheinende Bericht Handlungsfelder sowohl für die deutsche Bundesregierung als auch für die EU-Kommission und die Unternehmen der Erdgas-Branche auf.

Während CO₂ über einen langen Zeitraum in der Atmosphäre verbleibt und somit einen kumulierenden Effekt besitzt, ist ausgestoßenes Methan schon nach rund 12 Jahren wieder abgebaut. In diesem Zeitraum übertrifft es jedoch den Erhitzungseffekt von CO₂ um ein Vielfaches – über 20 Jahre betrachtet wirkt Methan etwa 87-mal stärker als Kohlendioxid. Durch diesen kurzfristigen, starken Effekt besteht die Gefahr, irreversible Kipppunkte im Klimasystem zu überschreiten, die zu einer immer stärker werdenden Erderwärmung führen können. Die Reduzierung des Methan-Ausstoßes hätte dadurch einen vergleichsweise unmittelbaren Effekt, indem der menschengemachte Klimawandel gebremst wird.

In dem vom LIFE-Programm der Europäischen Kommission geförderten Projekt „Clean Air Farming“ (LIFE17 GIE/DE/610) kämpft die DUH zusammen mit europäischen Partnern für die Implementierung geltenden Rechts zur Minderung von Ammoniak und Methan aus der Landwirtschaft. Weitere Informationen: <https://www.clean-air-farming.eu>

Links:

[Link zu Studie](#)

Kontakt:

Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz
0160 4334014, zerger@duh.de

Dorothee Saar, Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung
0151 16225862, saar@duh.de

DUH-Pressestelle:

Matthias Walter, Marlen Bachmann, Thomas Grafe
030 2400867-20, presse@duh.de

www.duh.de, www.twitter.com/umwelthilfe, www.facebook.com/umwelthilfe,
www.instagram.com/umwelthilfe